

Änderungsantrag des §8a, Abs. 1 der Wahlordnung der StudentInnenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin



Antragsteller: RCDS – Humboldt-UNlon

Das StuPa möge beschließen:

„Das StuPa ändert den §8a, Abs. 1 der Wahlordnung der StudentInnenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin in der folgenden Form:

*Ist nach § 48 Abs.2 BerlHG Briefwahl zulässig, kann die oder der Wahlberechtigte bis zum 7. Tag vor dem Wahltermin die Wahlunterlagen beim Studentischen Wahlvorstand schriftlich anfordern. Der oder dem Wahlberechtigten werden die Briefwahlunterlagen persönlich ausgehändigt oder auf Wunsch an die von ihr oder ihm anzugebende Adresse zugesandt. Die Versendung der Wahlunterlagen erfolgt spätestens **am 1. Wahltag**. Die Versendung der Briefwahlunterlagen und die Teilnahme an der Briefwahl werden im Wahlberechtigtenverzeichnis vermerkt.“*

(zum Vergleich nachfolgend die aktuelle Version): Ist nach § 48 Abs.2 BerlHG Briefwahl zulässig, kann die oder der Wahlberechtigte bis zum 14. Tag vor dem Wahltermin die Wahlunterlagen beim Studentischen Wahlvorstand schriftlich anfordern. Der oder dem Wahlberechtigten werden die Briefwahlunterlagen persönlich ausgehändigt oder auf Wunsch an die von ihr oder ihm anzugebende Adresse zugesandt. Die Versendung der Wahlunterlagen erfolgt spätestens 12 Tage vor dem Wahlbeginn. Die Versendung der Briefwahlunterlagen und die Teilnahme an der Briefwahl werden im Wahlberechtigtenverzeichnis vermerkt.

Begründung:

In Anbetracht der aktuellen Pandemie des Virus SARS-COV-2 erachten wir als RCDS – die Humboldt-UNlon es für sehr wahrscheinlich, dass einen höheren Anteil an Studenten sich für die Briefwahl bei der anstehenden Wahl des Studentenparlaments entscheiden wird. Diese wird außerdem die einzige Möglichkeit für Kommilitonen mit einem erhöhten Risiko, welche z. B. Asthma bronchiale beklagen, sein, um sich an diesem demokratischen Verfahren an unserer Universität zu beteiligen. Wir finden, dass aus Solidarität mit der gesamten studentischen Gemeinschaft die Fristen für die Briefwahl flexibler werden sollen, damit die Wahlbeteiligung nicht unter der aktuellen Situation leidet und niemand deswegen ausgeschlossen wird.